

«Es wäre besser, jedem Einwohner 5000 Franken zu geben»

Finanzwissenschaftler **Reiner Eichenberger** über die Verwendung der Nationalbankgelder

VON ROGER MÜLLER

ZÜRICH/FREIBURG Der Nationalrat hat am Mittwoch beschlossen, der Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank (SNB) solle inskünftig je zur Hälfte an die AHV und die Kantone fliessen. Der Entscheid sorgt für Aufregung: Die SNB-Spitze und Finanzminister Hans Rudolf Merz, der nach jetzigem Stand der Dinge leer ausgehen würde, fürchten um die Unabhängigkeit der Nationalbank. Die Kantone fühlen sich um ihnen zustehende Einnahmen geprellt. Reiner Eichenberger, Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Freiburg, hält die Debatte für Zeitverschwendung. Er hätte einen besseren Vorschlag.

Herr Eichenberger, die Verwendung der SNB-Gewinne ist verfassungsmässig festgelegt: Zwei Drittel gehören den Kantonen, ein Drittel dem Bund. Weshalb diskutieren wir eigentlich?

Ich wundere mich auch.

Gilt die Verfassung plötzlich nicht mehr?

Eine Verfassung ist eine Handlungsanweisung. Es ist nicht verboten, darüber nachzudenken, etwas anders zu machen und die Verfassung zu ändern.

Was würden Sie mit den Nationalbankgewinnen tun, zu denen ja auch die Erlöse aus den überschüssigen Goldreserven zählen?

Es geht nicht nur um die Gewinne, sondern auch um die bisher aufgehäuften Reserven. Am besten ist, man würde gemäss dem verfassungsmässigen Auftrag – mindestens zwei Drittel an die Kantone, vom Bund steht in der Verfassung nichts – ausschütten. Allerdings alles auf einen Schlag und nicht, wie jetzt vorgesehen, verteilt über mehrere Jahre.

Weshalb nicht?

Weil regelmässige Auszahlungen über die Jahre Ansprüche wecken. Diejenigen, die das Geld erhalten, gehen davon aus, dass der Finanzstrom nicht mehr aufhört. Es kommt zu einer kontinuierlichen Subvention des Staates durch die Nationalbank, die echten Kosten beim Staat werden verschleiert.

Wie hoch wäre denn der Betrag, wenn die SNB die aufgehäuften Reserven auf einen Schlag auszahlen würde?

Wir reden von etwa 16 Milliarden Franken überschüssiger Reserven und 20 Milliarden Franken in Gold.

Stellt sich die Frage, wie sinnvoll Bund und Kantone mit dem einmaligen, dafür riesigen Geldsegen umgehen würden...

Bei einer einmaligen Auszahlung ist klar, was man damit machen kann: Schulden abzahlen. Es ist viel schwieriger, das Geld an einzelne Anspruchsgruppen zu verteilen. Der Motor der Begehrlichkeiten wird gar nicht erst angeworfen.

Die Kantone wollen auf den zwei Dritteln bestehen und hoffen auf den Ständerat. Geht es denn eigentlich den Kantonen finanziell so schlecht?

Es geht weder dem Bund noch den Kantonen so schlecht, dass sie auf das Geld angewiesen wären. Aber es ist halt angenehmer, auf zusätzliche Einnahmen zählen zu können, als Sparmassnahmen umsetzen zu müssen.

Das heisst, der Druck auf Einsparungen bei Bund und Kantonen wird geringer?

Auf jeden Fall. Wenn das Geld da ist, wird es verbraten, zum Teil sogar auf mehrere Jahre hinaus, wie die Neat zeigt. In den guten Zeiten wurde die Gross-

investition beschlossen, jetzt hat der Bund Finanzprobleme. Die Finanzprobleme in einzelnen Kantonen haben damit zu tun, dass Letztere zwischen 1998 und 2000 einen völlig unerwarteten Steuerboom erlebten. Sofort meinten viele, die Einnahmen wüchsen so weiter und waren entsprechend spendierfreudig.

Einige Kantone haben ihre Finanzen besser im Griff als andere. Woran liegt das?

Es hängt davon ab, wie ausgeprägt die direkte Demokratie ist. Über die Hälfte der Kantone kennt kein Steuerfussreferendum, und ein Finanzreferendum existiert zum Beispiel in den Kantonen Jura, Neuenburg, Wallis oder Freiburg nur für sehr hohe Beträge. Auf Bundesebene fehlt das Instrument Finanzreferendum ganz. Die finanziell erfolgreichen Kantone hingegen verfügen über ein System mit einem Steuerfuss- und einem stark ausgebauten Finanzreferendum. Deshalb sollten auch die Nationalbankgewinne dorthin bezahlt werden, wo die Bürger die Verwendung möglichst direkt kontrollieren können.

Sie sagen faktisch, dass die Politiker auf den Ebenen Bund und Kantone keinerlei Finanzdisziplin hätten. Trotzdem würden Sie diesen Politikern die Nationalbankgewinne anvertrauen.

Man sollte sich tatsächlich überlegen, das Geld statt dem Staat direkt den Bürgern zu geben. Realisierbar wäre das aus meiner Sicht am besten über eine Pro-Kopf-Rückerstattung.

Also nicht in Form einer angemessenen Steuersenkung?

Nein. Wir müssten sofort wieder Diskussionen über die Gerechtigkeit der Steuersenkung führen. Leute, die wenig Steuern bezahlen, würden kaum profitieren. Viel besser wäre es, die total etwa 36 Milliarden Franken an die Einwohner zu verteilen, also 5000 Franken pro Kopf. Dies müsste man an die Abmachung koppeln, auch die nächsten Steuererhöhungen pro Kopf und unabhängig vom Einkommen durchzuführen statt ständig am Steuerfuss zu drehen. Das wäre wohl die wirksamste Steuerbremse der Welt.

Vielfältiger Forscher

Der 43-jährige Reiner Eichenberger ist verheiratet und Vater zweier Töchter im Alter von drei und sieben Jahren. Neben seinem Engagement an der Universität Freiburg betreibt er mit den Professoren Bruno und René Frey das **Crema**, ein «center for research in economic management and art». Dort untersuchen die drei **politische Prozesse** und die **moderne Psychologie** mit Hilfe von ökonomischen Theorien.



«Wenn das Geld bei Bund und Kantonen da ist, wird es verbraten»: Uni-Freiburg-Professor Reiner Eichenberger

FOTO: RENATE WERNLI